

**Autor:** Ulrich Milde [tmt6l0uigbfhy0ub1fsiag]  
**Seite:** 8  
**Ressort:** Wirtschaft  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 61.872 (gedruckt)<sup>1</sup> 59.136 (verkauft)<sup>1</sup>  
 60.436 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,155 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07/2020

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 07/2020

## Ostdeutsches Energieforum

# EnviaM fordert mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze

## Schweizer Investor bekräftigt auf Ost-Energieforum Ausbau der Solarkraft in Freiberg und Bitterfeld-Wolfen

Der führende ostdeutsche Energieversorger Enviam hat ein höheres Tempo beim Ausbau der Stromnetze gefordert. Es seien schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren notwendig, sagte Vorstandschef Stephan Lowis gestern auf dem Ostdeutschen Energieforum in Leipzig. Das im vorigen Jahr verabschiedete Netzausbaubeschleunigungsgesetz reiche nicht aus. „Es gilt nur für das Übertragungsnetz und nicht für das Verteilnetz, an das mehr als 90 Prozent der Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien angeschlossen sind.“ Hier müsse nachgebessert werden. „Wir brauchen für das gesamte Stromnetz einen Gleichklang beim Ausbau der erneuerbaren Energien und beim Netzausbau“, so der Energiemanager.

„Klimaschutzmaßnahmen sind Konjunkturturbo“

Er warb zugleich für ein Miteinander von Klima- und Konjunkturpolitik. „Klimaschutzmaßnahmen sind keine Konjunkturbremse, sondern ein Konjunkturturbo.“ Die Vorstellung, dass beide Punkte Gegensätze seien, ist aus Sicht von Lowis seit Langem überholt. „In Zeiten des Klimawandels ist ein ökologischer Umbau der Wirtschaft zwingend notwendig.“ Bei Gunter Erfurt, Vorstandschef des Technologiekonzerns Meyer Burger Technology AG in der Schweiz, lief Lowis damit offene Türen ein. Solarstrom werde weltweit der Energieträger der Zukunft sein, pro-

gnostizierte Erfurt. Sein Unternehmen (1250 Mitarbeiter) hatte vor wenigen Wochen verkündet, in Bitterfeld-Wolfen und in Freiberg die arg kränkelnde Solarindustrie wiederzubeleben (wir berichteten).

„Wir glauben an das Geschäft, deshalb investieren wir.“ Beide Standorte hätten eine tolle Infrastruktur und, „ganz entscheidend“, das Potenzial an Fachkräften. Sowohl in Freiberg (Solarworld) als auch in Bitterfeld-Wolfen (Sovello, Q-Cells) hatte die Solarenergie heftige Einbrüche erlebt.

Ein gutes Beispiel dafür, dass die Klimapolitik die Konjunktur fördere, sei das von der Bundesregierung vorgelegte Investitionsbeschleunigungsgesetz, ergänzte Lowis. Es sieht unter anderem schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Hochziehen von Windenergieanlagen an Land vor. Dies soll den zuletzt stockenden Ausbau der Windenergie wieder in Schwung bringen. Gerd Lippold (Grüne), Staatssekretär im sächsischen Umwelt- und Energieministerium, kündigte an, dass im Freistaat „nach dem Stillstand der vergangenen zehn Jahre“ die erneuerbaren Energien nun ausgebaut werden sollen. Rolf Paukstat, Sprecher der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände in Ostdeutschland - sie ist neben der Industrie- und Handelskammer Leipzig Veranstalter des Energieforums - mahnte zur Mäßigung in der öffentlichen Diskussion. Er nehme eine zuneh-

mende Verhärtung der Fronten zwischen Energiewendebefürwortern und -gegnern wahr. „Dies bringt uns nicht weiter.“ Ziel müsse sein, einen Konsens zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu schaffen. „Die ostdeutsche Wirtschaft bekennt sich zu den Klimazielen, die Umsetzung muss aber mit Weitsicht und Fingerspitzengefühl erfolgen“, betonte Paukstat. Die Unternehmen stemmten derzeit große finanzielle Herausforderungen durch die Corona-Krise, eine Entlastung bei den Energiekosten würde ein wichtiges Signal für die Wirtschaft bedeuten.

Viel deutlichere Deckelung der EEG-Umlage gewünscht

Als „dringend notwendig“, gerade in Corona-Zeiten bezeichnete Lowis die angekündigte Senkung der Umlage zur Finanzierung der erneuerbaren Energien (EEG-Umlage) für die kommenden beiden Jahre um 0,3 Cent je Kilowattstunde auf 6,5 Cent. „Ansonsten hätte 2021 ein starker Anstieg mit entsprechenden Folgen für die Strompreise gedroht.“ Jedoch sei die Politik hier „nicht mutig genug“ gewesen, kritisierte er. Enviam hätte sich eine sehr viel deutlichere Verringerung und Deckelung der Umlage gewünscht. Wie die Strompreise, die zu mehr als 50 Prozent durch Steuern, Abgaben und Entgelte beeinflusst sind, sich entwickeln werden, steht allerdings noch nicht fest.

**Abbildung:** Ostdeutsche Unternehmer im Dialog über die Energiepolitik in der Bundesrepublik.

**Fotograf:** Foto: Andreas Koslowski

**Abbildung:** Der ostdeutsche Energieversorger Enviam fordert ein hohes Tempo beim Ausbau des Stromnetzes.

**Fotograf:** dpa

**Wörter:** 526